



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Die alten und die neuen Parteien.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die alten und die neuen Parteien.

Aus Süddeutschland.

Die Stellung unsrer politischen Parteien hat mit dem Jahre 1859 eine durchgreifende Umgestaltung erfahren; damals begann der Umbildungsproceß, der heute vollendete Thatsache ist. So lange hatte jene Parteierküstung ange dauert, welche durch das Jahr 1848 geschaffen und durch das Scheitern der damaligen Bestrebungen nur noch verschärft worden war. Heute sind zwar die Nachwirkungen derselben keineswegs völlig verwischt, aber sie darf als innerlich überwunden betrachtet werden.

Werfen wir einen Blick auf die Parteistellung, wie sie sich in den Tagen des frankfurter Parlaments gebildet hatte, so springt der wesentliche Unterschied in die Augen, aber auch der wesentliche Fortschritt, den die heutige Parteibildung bezeichnet. Gestehen wir uns, es ist der einzige Fortschritt, dessen wir uns rühmen können, da wir abermals an einer Periode stehen, wo der Reformdrang sich zu schwach erwiesen hat, um unter den jetzigen Verhältnissen zu einem nennenswerthen äußeren Resultat zu führen, und durch das Stadium todtgeborener Projecte hindurch vorläufig wieder zur Ruhe verwiesen ist. Aber dieser eine Fortschritt ist bedeutend genug, um von ihm einen jener Wendepunkte in der Geschichte unsrer nationalen Bestrebungen zu datiren, die an sich unscheinbar erst beim Ueberblick über größere Zeiträume in ihrem vollen Licht erscheinen und das Bewußtsein geben, daß abermals eine Spanne Zeit nicht vergebens zurückgelegt worden ist.

Der Sturm, der vor funfzehn Jahren vom Westen kam, war so jäh wie ein unberechnetes Naturereigniß über das Vaterland hereingebrochen, daß die Revolution als bloße Thatsache die Gemüther anfangs ausschließlich beschäftigte. Nicht wie Deutschland zu constituiren, sondern wie man sich der Revolution gegenüber zu verhalten habe, war die erste Frage, und darnach bildeten sich die Parteien. Wie weit man das Recht der Revolution anerkennen könne, wie die Volkssouveränität zu fassen sei, ob man die Vereinbarung mit den Regierungen suchen oder abweisen solle, dies waren, wie man es nannte, die principiellen

Fragen; in Wahrheit waren es blos formelle Fragen, deren Voranstellung von Anfang an den Gang der Bewegung in ein schiefes Bett brachte. Ihre theoretische Natur steigerte nur die Hitze der Debatten, und als dann später die Hauptentscheidungen erfolgten und allerdings eine sachliche Trennung herbeiführten, war das Parteiwesen bereits so zerfressen, daß sich die zusammengehörigen Elemente nicht mehr zusammenzufinden wußten. Der leidenschaftliche Gang, den die Verhandlungen genommen hatten, machte nur noch precäre Compromisse möglich, von gegenseitigem Mißtrauen dictirt. Mit Mühe kam das Verfassungswerk zu Stande, als die Autorität der Versammlung selbst längst dahin war.

Schon in diesen Tagen der Auflösung und Zersehung wurde lebhaft gefühlt, wie verfehlt und unheilvoll die Parteibildung gewesen war. Bald wurden versöhnliche Stimmen laut, welche es aussprachen, wie in der Linken sowohl als in der Rechten Elemente zu einer nationalen Partei liegen, die über dem gescheiterten Werk sich die Hände reichen mußten, um zu retten, was zu retten war und den Glauben der Nation an sich selbst aufrecht zu halten. Allein solche Mahnungen, wie gut gemeint sie waren, mußten damals ungehört verhallen. Die Leidenschaften waren noch zu mächtig, persönliche Kränkungen zu tief. Und die anarchischen Bewegungen, welche auf der einen Seite ausbrachen, während auf der andern die Vertrauenden von den Regierungen von einer Täuschung zur andern geführt wurden, fügten zu dem alten neuen Stoff der Verbitterung. So gründlich waren die Verheerungen, welche in die liberale Partei eingerissen waren, daß ihre Wirkungen sich über die ganze Reactionszeit erstreckten.

Das öffentliche Leben hatte sich in die Einzellandtage zurückgezogen, wo der siegreichen Reaction überall nur eine kleine Opposition gegenüberstand, die noch schwächer war durch den Zwiespalt im eigenen Lager. Die Demokratie war theils zersprengt, theils hielt sie sich schmollend zurück; wo sie sich am öffentlichen Leben betheiligte, war sie machtlos. Aber auch die altliberalen Elemente hatten an Kraft und Zahl schwere Einbuße erlitten. Nicht alle bewiesen den Muth, den damals der Führer der frankfurter Rechten zeigte, als er in Berlin Jahre lang einen fast aussichtslosen Kampf gegen die Reaction unerschüttert fortsetzte. Die deutsche Frage ruhte. Es war die erste Wendung zum Besseren, als in den Kammern der kleinen Staaten Beschlüsse für das Recht Kurhessens und Schleswig-Holsteins, dann auch in der deutschen Frage „zu Gunsten einer Centralgewalt und eines Parlaments“ sich hervorwagten. Aber eine Ueberwindung jener Parteigegensätze und somit ein gedeihliches Wirken für die nationale Sache war erst möglich, wenn in Folge allgemein zündender Ereignisse das durch die Reactionsjahre erschlaifte Volk sich wieder in selbstthätiger Kraft regen lernte, und es fragte sich, ob dann die Leitung der Bewegung mit Er-

folg in solche Hände gelegt werden könne, welche in die Partekämpfe der früheren Zeit persönlich verwickelt gewesen waren.

Ein solcher Aufschwung kündigte sich an, als im Herbst 1858 die Regentschaft in Berlin die altliberale Partei an das Ruder brachte; er wurde rasch gezeitigt, als kurze Zeit darauf der italienische Krieg die allgemeinste Theilnahme des deutschen Volkes an politischen Fragen wieder wach rief. Zunächst war freilich gerade dies Zusammentreffen verhängnißvoll genug. Die constitutionelle Entwicklung Preußens, an welcher sich rasch weitergehende Hoffnungen entzündet hatten, sah sich in ihrem zartesten Stadium durch den Krieg erheblich beeinträchtigt. Zu den schwierigen innern Fragen traten sogleich die verwickeltesten Fragen auswärtiger Politik. Die Anforderungen steigerten sich in einem Grade, dem die damaligen Staatsmänner nicht gewachsen waren. Das Beispiel, das von Berlin aus gegeben wurde, begann zwar schnell zu wirken, in Bayern insbesondere. Aber der ruhige Fluß der Entwicklung sah sich doch gestört durch die leidenschaftliche Discussion, welche sich jetzt über eine auswärtige Frage erhob und Deutschland in zwei große Lager spaltete.

Es ist heute schwer, sich in den kriegerischen Sturm zurückzuversetzen, der damals durch Süddeutschland tobte, und in dem sich wahre patriotische Begeisterung und kindlicher Unverstand, opfermüthiger Eifer und kalte egoistische Berechnung, gute und schlechte Elemente wunderbar vermischten und durchkreuzten. Aber die Bedeutung dieses Aufschwungs lag nicht in seiner zufälligen Veranlassung, in dem nächsten Ziele, auf das er sich mit Leidenschaft geworfen hatte. Die Hauptsache war vielmehr, daß das deutsche Volk überhaupt in seinen Tiefen ergriffen und aufgerüttelt, für das politische Leben wieder gewonnen wurde. Es kam nur darauf an, diesem an sich unklaren Drang das richtige Ziel zu geben, nämlich die Agitation für die deutsche Reform. An einem einzelnen Punkte zeigte sich auch sofort die Nothwendigkeit, gerade hierauf sich vor Allem zu concentriren. Sobald die Kriegsfrage drohte praktisch zu werden, besann man sich auf die Misere der Bundeskriegsverfassung, und hieran knüpften sich in der That die ersten Vorschläge der Reform. Von da aus mußte sich aber auch sogleich der weitere Schritt ergeben, daß die ganze Bundesverfassung in Zeiten großer europäischer Krisen untauglich sei und überhaupt gegenüber den Anforderungen des Nationalgefühls einer wesentlichen Umgestaltung bedürfe. Fühlte sich Preußen für eine Action, die man von ihm verlangte, auf jede Weise gebunden und gelähmt, so sahen sich auch die süddeutschen Cabinete durch dieselbe Bundesverfassung, die ihnen die politische Souveränität garantierte, gehindert, ihren kriegerischen Neigungen Folge zu leisten. Bei den Regierungen wie bei der Bevölkerung hatte sich das Bedürfniß nach Reform als ein brennendes erwiesen, und sobald nur einmal dieser Gedanke festgehalten wurde, war die Basis gefunden, von welcher aus die

Kriegsbegeisterung des Südens wie die durch den Umschwung in Preußen neu erweckten nationalen Hoffnungen in ein gemeinsames Bett geleitet werden konnten. Als der Krieg beendet wurde, ohne doch sofort die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung zu beseitigen, war die deutsche Reform das natürliche Object der zurückgebliebenen Agitation.

Noch während der Streit in seinem erbittertsten Stadium war, tauchten gleichzeitig an mehren Orten, namentlich Mitteldeutschlands, Versuche auf, eine vermittelnde Stellung zwischen Nord und Süd einzunehmen. Die active Theilnahme Deutschlands an dem Krieg wurde an die Bedingung geknüpft, daß dies nur in deutschem Interesse geschehen dürfe, und daß an Preußen, welches als der mächtigste Staat der natürliche Vertreter des deutschen Interesses sei, die Initiative und die militärische Leitung zu übertragen sei. Als dann der Friede geschlossen wurde, der als ein fauler Friede von zweifelhafter Dauer erschien, machte sich diese Forderung nur um so stärker geltend. Auf die einzelnen Kundgebungen in den verschiedenen Ländern folgten jetzt die Verabredungen von patriotischen Männern aus ganz Deutschland; aus den Versammlungen zu Eisenach im Juli und August ging Mitte September die größere Versammlung in Frankfurt am Main, aus dieser die Gründung des deutschen Nationalvereins hervor.

Alle diese Berathungen verfolgten mit wachsender Bestimmtheit die ausgesprochene Absicht, durch eine Verschmelzung aller Fractionen liberaler Richtung die Bildung einer großen nationalen Partei herbeizuführen. Dies war nur möglich, wenn von Anfang an Männer der verschiedenen alten Parteien sich zu diesem Zweck vereinigten, der Schwerpunkt jedoch auf solchen ruhte, welche dem alten Parteigegensatz fern standen, weil sie erst in der Zwischenzeit in das öffentliche Leben eingetreten waren. Es war dies keineswegs eine bloße Taktik, sondern es sprach sich darin nur ein factisches Verhältniß aus, wie es sich in den letzten Jahren gebildet hatte. Nicht nur war inzwischen doch vielfach jene gereizte Leidenschaftlichkeit zwischen Demokraten und Altliberalen einer unbefangeneren Einsicht in die Bedingungen eines gesunden Parteilebens gewichen, sondern es war thatsächlich in den Ständekammern eine neue Partei aufgekommen, welche von den Gegensätzen, die das Jahr 1848 geschaffen, nicht berührt war. In Preußen war gleich bei den ersten Wahlen, die unter der Regentschaft stattfanden, neben der altliberalen Partei eine Anzahl Politiker aufgetaucht, welche sich ebensowenig an diese angeschlossen, als sie die Demokratie des Revolutionsjahres repräsentirten. Die nächsten Wahlen aber gaben dieser Fraction ein bedeutendes Uebergewicht, das sich seitdem nur gesteigert hat, und als allmählig auch einzelne Namen aus dem Jahre 1848 wieder auftauchten und am öffentlichen Leben Theil nahmen, konnten sie nur dadurch zur Geltung kommen, daß sie sich dieser großen neugebildeten Partei angeschlossen.

Ähnliches war an anderen Orten geschehen. In Bayern war zwar die altliberale particularistische Partei noch immer im Besitz der großen Mehrheit, aber bereits hatte sich aus ihrem Schoß eine tüchtige Fraction abgezweigt, deren unterscheidendes Merkmal nicht etwa die demokratische Färbung, sondern die nationale Gesinnung war. In Hannover hatte sich der Stüvesche Altliberalismus völlig überlebt. Die Opposition war von jüngeren Kräften in die Hand genommen worden, welche Stüves Zähigkeit, nicht aber dessen Particularismus theilten. In Württemberg hatten sich die Altliberalen mehr und mehr vom öffentlichen Leben zurückgezogen und der Demokratie das Feld gelassen, aber in der Demokratie selbst bereitete sich ein Scheidungsproceß vor, der den größeren Theil derselben den Liberalen im übrigen Deutschland näher brachte. In Baden waren die Parteigegensätze der Revolution am gründlichsten verschwunden: den Clerikalen stand die eine liberale Partei gegenüber; ähnlich in Kurhessen, wo der Verfassungskampf alle Parteiunterschiede zurückdrängte. In Mitteldeutschland überhaupt war für die Verschmelzung der liberalen Fractionen Alles reif.

Die Bedingungen für die Bildung einer Nationalpartei waren also gegeben, aber der Erfolg hing doch wesentlich davon ab, wie die alten Parteien ihr gegenüber sich verhalten würden; denn an ein völliges Aufgehen der letzteren war nicht zu denken. Sie hatten ihre eigne Geschichte, und darin bestand ihr Recht in gewissem Sinne fortzudauern. Ihr Recht schwand aber in demselben Maße, in welchem die geschichtlichen Bedingungen, welchen sie ihr Dasein verdankten, sich veränderten. Sie durften sich nicht ablehnend oder gar feindselig gegen die Herstellung einer liberalen Union verhalten, welche, jeder liberalen Richtung ihre Berechtigung lassend, deren Kräfte zu gemeinsamer vaterländischer Thätigkeit zu vereinigen und eben damit die Schärfe solcher Gegensätze, welche mehr in vergangenen als in gegenwärtigen Verhältnissen ihren Ursprung hatten, aufzuheben bestimmt war. In der That verhielt sich zu diesen Unionsbestrebungen keine der alten Parteien feindselig, mit Ausnahme der großdeutschen, und auch diese schien eine Zeit lang zu schwanken, und die Berührung, ja eine gewisse gemeinsame Action nicht ohne Weiteres abzulehnen.

Zwar hatten frühzeitig die Verdächtigungen von dieser Seite begonnen. Die Anklagen, mit denen man die preussische Politik des Jahres 1859 überhäuft hatte, fanden ihre natürliche Fortsetzung in den Verdächtigungen gegen die nationale Partei, und diese Anfeindung steigerte sich mit den Erfolgen der letzteren. Allein so lange die großdeutsche Partei einer eigenen Organisation entbehrte, fehlte es nicht an vermittelnden Bestrebungen. Die Nationalpartei selbst war am wenigsten geneigt nach irgend einer Seite, die das Bedürfnis einer gründlichen Reform anerkannte, ausschließend vorzugehen; sie that in dieser Beziehung vielleicht eher zu viel als zu wenig. Auch mit den Destrei-

chern wollte man den Zusammenhang nicht aufgeben; überall reservirte man Sige für die Destrreicher, welche nicht kamen, und jetzt noch hält man ihnen die Plätze offen, selbst nachdem sie in — vielleicht unbewußt — richtiger Würdigung des Verhältnisses von Destrreich zu Deutschland den Abgeordnetentag zu Weimar nicht beschickt haben. Auch die bayerischen Altliberalen, obwohl sie bei jeder Gelegenheit sehr unverblümt ihre Feindschaft gegen das nationale Programm zur Schau getragen hatten, schienen eine Zeit lang im Ungewissen, ob sie in Weimar erscheinen sollten oder nicht. Ein eigenthümliches Zwischenglied hatte sich überdies in der schwäbischen Demokratie gebildet, welche lange Zeit hin und her schwankte, und die eine Hand der Nationalpartei, die andere den großdeutschen Glaubensgenossen reichte. Allein eben der Abgeordnetentag zu Weimar, welchem einerseits die Coalition einiger Regierungen zu dem Delegirtenproject, andererseits die Aufstellung der Reichsverfassung von 1849 als Programm für den Nationalverein vorangegangen war, führte die Entscheidung herbei. Anstatt nach Weimar zu gehen, entschieden sich die Bayern in Verbindung mit einigen Destrreichern, dem Anhang Schmerlings, rasch eine Organisation der großdeutschen Partei ins Werk zu setzen, die sie lange genug vorbereitet, wenigstens angekündigt hatten.

Die sogenannte Organisation der großdeutschen Partei trug wesentlich dazu bei, die Lage zu klären, für die Nationalpartei brachte sie den größten Gewinn. Sie sonderte schärfer als bisher geschehen die Freunde und Gegner der bundesstaatlichen Reform, die Schwankenden mußten sich entscheiden, die verschiedenen Parteien traten in leicht erkennbare Hauptgruppen auseinander. Zu gleicher Zeit ergab sich die nun mögliche Ueberschau über die geschlossenen Reihen der Gegner, wie verhältnißmäßig schwach sie waren, schwach zunächst in Ansehung der moralischen Mittel, über welche sie geboten. Der großdeutsche Verein hatte sich auf Grund des Delegirtenprojects gebildet; dies war die Fahne, welche inmitten des Lagers aufgesteckt wurde, für dieses Project Propaganda zu machen, war ausdrücklich die Aufgabe der Zweigvereine, welche sich nun allerwärts bilden sollten. Wenige Wochen darauf — und das Delegirtenproject war am Bunde selbst gefallen, schneller als es sonst das Schicksal der am Bund eingebrachten Anträge zu sein pflegt. Die Großdeutschen hatten an einen Köder angebissen, der gar nicht ernstlich gemeint war, sie waren die Dupirten der Regierungen, deren Beschwichigungsproject sie für baare Münze gehalten hatten. Ihr Programm war ihnen von denen selbst, zu deren Unterstützung sie sich verbunden hatten, aus den Händen gewunden, und sie sahen sich nun genöthigt, sich nach einem andern umzusehen.

In ihrer Verbreitung und Zusammensetzung, sowie in der Richtung, in welche sie dadurch immer mehr gedrängt wurden, zeigte sich eine noch auffälligere Schwäche der großdeutschen Vereine. Um ihren Anspruch zu würdigen, eine

nationale Partei zu sein, d. h. im Sinn der Bedürfnisse und Wünsche der Nation aufzutreten, genügt es, einen Blick auf die Erfolge ihrer Organisation zu werfen. Sie sind weit hinter dem zurückgeblieben, was man noch nach der frankfurter Versammlung zu erwarten berechtigt war.

Vorerst ist die großdeutsche Association ohne irgend eine Spur in Oestreich geblieben. Auch nicht ein Versuch, für den orthodoxen großdeutschen Gedanken Propaganda zu machen, scheint angestellt worden zu sein. Es war ganz gut, daß nun zur Abwechslung auch einmal die Großdeutschen die Erfahrung machten, welche Unterstützung die deutsche Reformangelegenheit von Seite Oestreichs zu erwarten hat. Hielten sich die Deutschösterreicher von den bundesstaatlichen Plänen fern — nun gut, so lag der Einwand nahe, daß sie sich nicht an Bestrebungen betheiligen werden, welche auf ihre „Ausschließung“ gerichtet sind, jetzt liegt die Sache anders. Man wird jetzt zugeben müssen, daß es in Oestreich zwar nicht an Lust und Liebe fehlt, die deutsche Reformbewegung zu hindern, sie mit allerlei Zwischenzügen zu durchkreuzen, daß aber eine Bewegung auf Reform der Bundesverfassung, welche Ziele sie immer verfolgen mag, von dort auf keine Bethheiligung zu rechnen hat. Das factische Verhältniß Deutschlands zu Oestreich hat dadurch eine neue Illustration erhalten, deren Wirkung wohl nicht verloren sein wird.

So war denn das Großdeuthum für seine Agitation gegen Kleindeutschland auf eben dieses Kleindeutschland beschränkt. Aber auch hier sind mit Ausnahme eines Landes nach viermonatlichen Anstrengungen die Erfolge dürftig genug. Sie bestanden darin, daß sich in einigen Residenzen wie Hannover und Darmstadt, in einigen Bischofsstzigen, wie Münster und Freiburg, hohe Staatsbeamte, Adlige, Ultramontane zu „Reformvereinen“ verbanden, deren leitende Größen hinreichendes Zeugniß ablegen für das, was hier unter dem Namen Reform betrieben wird. Von einem volksthümlichen Interesse, das diese Bestrebungen erweckt hätten, keine Spur. Selbst in Schwaben, auf dessen „einstimmig“ großdeutsche Sympathien man ohne Zweifel besonders rechnete, hatte die frankfurter Versammlung nicht die mindeste Folge gehabt. Der oberschwäbische Verein mit katholischer Tendenz hatte sich schon früher gebildet und erhielt von keiner Seite Zuwachs.

Nur in Bayern nahmen die großdeutschen Vereine einen populären Charakter an. Hier allein bestand eine zugleich liberale und großdeutsche Partei, die in dem bayrischen Stammesbewußtsein wurzelte. An sie schlossen sich dann alle rückläufigen und ultramontanen Elemente an. Allein auch in Bayern ist nicht alles Gold, was glänzt; die Thatsachen sind, einigermaßen zu unterscheiden von dem idealen Gewande, in welchem sie in den dortigen Blättern aufzutreten pflegen. Zwar bildeten sich an zahlreichen Orten zahlreiche Vereine, und es ist nicht zu bezweifeln, daß sie meist in großer Blüthe sich befinden werden. Allein

unter denjenigen Orten, welchen der Sage nach das Heil widerfahren ist, großdeutsche Vereine in ihrer Mitte entstehen zu sehen, wird eine kritische Geschichtsforschung, wenn sie sich überhaupt einst mit diesen Dingen befassen sollte, verschiedene Städte finden, in welchen aus dem kreisenden Berg gar sonderbare Geburten zu Tage gekommen sind, die nicht ohne Grund seit jenem Moment kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben haben, so z. B. in Augsburg, in Regensburg. Vielleicht war es an anderen Orten nicht besser, wenigstens ist ein auffallender Zug bemerklich, die großdeutsche Agitation in der Landeshauptstadt München zu concentriren, und die erkleckliche Anzahl eingeborner und sesshafter Residenzbewohner hat sich noch durch ein ansehnliches Contingent auswärtiger Mitglieder verstärkt. Der münchener Verein hat eine gewisse bevorzugte Stellung unter seinen Collegen eingenommen und droht, wenn wir nicht irren, dem Centralverein, der noch immer heimatlos an den Gestaden des Main herumirrt, gewissermaßen Concurrnz zu machen, zumal er sich gleich bei seiner Gründung erlaubt hat, eine gewisse Controle über den Centralverein zu beanspruchen, falls dieser etwa gar zu stürmisch voranzugehen und nicht schonend genug mit den Sonderstaaten zu verfahren sich vermäße. Ohne Zweifel hat dieser höchst orthodoge Standpunkt nicht wenig zu der Popularität des münchener Vereins beigetragen, noch mehr vielleicht die eigenthümliche Anpassung der politischen Agitation an die harmlosen einheimischen Sitten und Gewohnheiten. Der Bayer liebt es nicht über trockene Gegenstände, wie das Delegirtenproject ist, im Trockenen zu debattiren. Es war deshalb ein höchst glücklicher Gedanke, die Versammlungen des großdeutschen Vereins in „gesellige Abende“ zu verwandeln, wo außer den politischen Debatten auch Raum für anderweitige Genüsse war und die Politik selbst neben ernsterer Debatte durch die Kapuzinaden des Redacteurs des ultramontanen „Volksboten“ und die Späße des witzigen Herausgebers des „Punch“ männiglich mundgerecht gemacht wurde.

Kein Wunder, daß der großdeutsche Verein in Ikar-Athen wirklich populär wurde und seine Mitglieder bald nach Tausenden zu zählen waren.

Die Fiction einer großdeutschen Partei, welche — nur auf einer andern Basis — gleichfalls eine ernstliche Bundesreform anstrebte, war von kurzer Dauer. Gleich nach dem frankfurter Tag fielen die künstlich zusammengebrachten Elemente wieder auseinander. Dort an zerstreuten Orten die Reactionäre und Hofdiener, hier einige Doctrinäre, die keinen volksthümlichen Boden haben; eine compacte Partei nur in Bayern, die aber eben deshalb nur einen provinciellen Charakter hat. Für eine wirkliche Reform ist von dieser Seite nichts zu hoffen. Selbst die liberalen Wortführer haben erklärt, daß von einem Aufgeben der Souveränitätsrechte in Bezug auf Heer und diplomatische Vertretung nicht die Rede sein könne. Der Particularismus eines einzelnen Volkstammes ist ihr einziger populärer Halt — ein Beweis, wie weit die Gegner der Re-

form, so fern sie offen den Kampf aufgenommen und zu agitatorischen Mitteln gegriffen haben, bereits zurückgetrieben sind, daß das Großdeutschthum als politisch thätige Propaganda so rasch auf den bayrischen Provincialparticularismus reducirt worden ist, ist kein kleiner Erfolg der Nationalpartei.

Von den beiden großen Parteien, welche im frankfurter Parlament den Gedanken der bundesstaatlichen Einheit bekämpften, ist es also die eine, welche noch heute, wenn auch unter veränderten Verhältnissen, doch mit denselben Zielen auf dem Kampfsplatze steht — anders ist es mit dem zweiten Gegner von damals, mit der Demokratie.

Damals die bestorganisirte, bestdisciplinirte Partei, ist die Demokratie inzwischen einem völligen Auflösungsproceß erlegen. Während die demokratischen Grundsätze im Allgemeinen an Verbreitung gewonnen haben, scheint die parteibildende Kraft dieses Principis fast erloschen. Es gibt keine demokratische, wie keine conservative Partei mehr. Gleichviel ob man in dieser Erscheinung die Wirkung eines allgemeinen Gesetzes oder eine vorübergehende Phase erblicken mag, Thatsache ist, daß während die Tendenzen des Fortschritts gegenwärtig sich vorwiegend auf die Entwicklung der materiellen Interessen, auf das volkswirtschaftliche Gebiet geworfen haben, für das eigentlich politische Leben die nationalen Fragen bestimmend in den Vordergrund getreten sind. Nicht die Durchführung abstracter Freiheitsbegriffe, sondern die Befriedigung der nationalen Ansprüche ist die Forderung der Gegenwart geworden. Keine Partei hat deshalb größere Veränderungen erlitten als diejenige, die auf jenes abstracte Princip gebaut war. Wie sie äußerlich am meisten durch die Ereignisse gelitten hat, so hat sie auch in ihren Ideen die größte Umbildung erfahren. Keine hatte mehr zu lernen, und keine hat mehr gelernt. Keiner kam es überdies mehr zu statten, daß ihre damaligen Hauptführer größtentheils vom Schauplatz verschwunden, persönliche Erfahrungen und Verbissenheiten dadurch in den Hintergrund getreten sind.

Auch diejenigen, die in der Bitterkeit des Exils die Consequenz ihrer Grundsätze festgehalten haben, kehrten — von den meisten darf man sagen — geläutert, mit greifbaren Anschauungen wieder. Die zurückgeblieben waren, lernten in der Schule einer zwölfjährigen Reaction den Werth langsamer, mühevoll erkämpfter Fortschritte, die Nothwendigkeit einer allmäligen Durchbildung der nationalen Idee begreifen. Der jüngere Nachwuchs hatte es ohnedies leichter, sich von einer doctrinären Auffassung freier zu halten; er machte seine Schule in einer Zeit, in welcher die Vergeblichkeit der Freiheitsforderungen, so lange die Bundeswirthschaft fort dauerte, in welcher auch die Vergeblichkeit der Einheitsforderungen, wenn nicht den thatsächlichen Machtverhältnissen Rechnung getragen würde, sich bei jedem Schritt aufdrängen mußte. Theilweise vollzog sich dieser Umschwung in der Demokratie freilich nur mit allmäliger Ueber-

windung aller Abneigung, zögernd, da und dort wohl nicht ohne Hintergedanken. Doch zeigte sich ein compacter Widerstand eigentlich nur in der süddeutschen Demokratie, also bezeichnend genug wiederum mit dem Rückhalt eines stark entwickelten Provinzialgeistes. Aber auch in diese Burg ist mit Erfolg Bresche gelegt, und die sogenannte reine Demokratie mehr und mehr in die Enge gedrängt. Es läßt sich heute als Thatsache constatiren, daß diejenigen Elemente der Demokratie, welche alter Tradition getreu es vorziehen, den Großdeutschen die Hände zu reichen, als mit den andern liberalen Parteien zu nationalen Zwecken zusammenzuwirken, Nachzügler einer vergangenen Zeit sind, die höchstens da, wo sie durch locale Verhältnisse unterstützt sind, sich noch einigen Einfluß gewahrt haben.

Ein Umstand war es noch besonders, der die gemäßigten Elemente der Demokratie für eine Annäherung an die Bundesstaatspartei gewann. Die Demokratie hatte, als sie noch als Partei auf der öffentlichen Bühne war, einen instinctiven Haß gegen den preussischen Staat gehabt. Schon seine straffe concentrirte Haltung widerstrebte ihrer auf unbedingte Freiheit gerichteten und darum centrifugalen Tendenz; provinzielle Stimmungen verstärkten diese Abneigung; zudem hatte die Niederwerfung der Revolution im Jahr 1849 durch Preußen Wunden geschlagen, die lange offen blieben. Heute stehen die Sachen anders. Nicht nur sind diese Wunden vernarbt, nicht nur hat sich das Bedürfniß einer strafferen Concentration der deutschen Kräfte in den letzten Jahren, welche die Lage Deutschlands im Fall einer kriegerischen Verwickelung so grell beleuchteten, auch in den Reihen der gemäßigten Demokratie fühlbar gemacht, sondern es war vor Allem die Veränderung, die sich im preussischen Parteiwesen selbst vollzog, deren Eindruck den vorhandenen Antipathien erfolgreich entgegenwirkte. Mag man vom Standpunkte der preussischen Verfassungskrise aus die Bildung der deutschen Fortschrittspartei bedauern, obwohl sie auch in dieser Beziehung nur eine natürliche Consequenz der Thatsache war, so darf man doch nicht vergessen, daß damit in Preußen ein Element in den Vordergrund trat, das die liberalen Parteien in Deutschland sympathisch berührte, und dessen moralische Eroberungen bedeutender ins Gewicht fielen als die des Ministeriums Schwerin. Die zunehmende Reaction, mit welcher der Widerstand und die moralische Kraft der Fortschrittspartei — als der großen Mehrheit des Abgeordnetenhauses — wuchs, trug nur dazu bei, diese Wirkung zu verstärken. Man lernte im außerpreussischen Deutschland scharfer unterscheiden zwischen der Reactionspartei, die augenblicklich am Ruder war, und dem preussischen Volk, das durch seine gesetzlichen Vertreter einen energischen Kampf um seine verfassungsmäßigen Freiheiten führte, dessen schließlicher Erfolg ebensowenig zweifelhaft sein konnte als die Bedeutung desselben für die deutschen Geschicke. Nicht umsonst hatte jene neugebildete Partei den Namen deutsche Fortschrittspartei angenommen und in ihrem Programm die deutsche

Reformfrage in erste Linie gestellt. Man durfte darin den Ausdruck der Ueberzeugung erblicken, daß erst mit der Lösung der deutschen Frage eine endgiltige Beilegung des innern Conflicts sich denken lasse, und daß jene das höhere Ziel sei, auf welches die Anstrengungen der deutschen Partei wie in den übrigen Ständekammern so auch in Preußen gerichtet sein müssen. Dadurch erst wurde die Entfremdung ausgeglichen, welche bis dahin zwischen Preußen und den Liberalen im übrigen Deutschland thatsächlich bestanden hatte. In Süddeutschland hatte man besonders Gelegenheit sich von dieser Umstimmung zu überzeugen, obwohl jene Entfremdung nicht auf Süddeutschland sich beschränkt hatte.

Daß gerade in Preußen selbst nun doch jene Einigung der Parteien vermißt wurde, die man im Allgemeinen anstrebte, — obwohl auch im preußischen Abgeordnetenhaus die wichtigeren Debatten wenn auch nicht die Abstimmungen den Eindruck der Einmüthigkeit hervorzubringen pflegten — war um so mehr zu bedauern, je höhere Achtung in politischer und persönlicher Hinsicht eben diejenige Fraction in Anspruch nahm, welche in ihrer isolirten Stellung gegen die anderen liberalen Parteien eine gewisse Empfindlichkeit nicht verbergen konnte. Die Spaltung zwischen den Altliberalen und der Fortschrittspartei ist eine innere preußische Angelegenheit, ihre Geschichte und ihre Beurtheilung gehören nicht dem gegenwärtigen Zusammenhang an; aber auch ihre Wirkungen werden außerhalb Preußens wenig empfunden, wo die altliberalen Parteien entweder den Kern der Nationalpartei bilden oder ihr sich angeschlossen haben. Es läßt sich nicht verhehlen, daß der Gegensatz, in welchen sich die Fraction Vincke zu den andern liberalen Parteien setzt, Niemand mehr Schaden bringt als ihr selbst, daß er den Einfluß gefährdet, der ihr nicht bloß um ihrer Vergangenheit willen gebührt. In der Folgezeit könnte sich dieses Verhältniß nur verschlimmern. Im Grunde besteht schon heute jene Fraction aus einer auserlesenen Anzahl einzelner hochverdienter Männer, die aber keine eigentliche Partei hinter sich haben. Die Führer selbst bilden die ganze Partei, es sind Offiziere ohne Armee; darf man ihnen Nachwuchs, eine Zukunft prophezeien? selbst ihre persönliche Autorität ist in Gefahr unter der falschen Stellung zu leiden, in die sie sich drängen ließen. An Freiherrn v. Vincke besonders ist jene Nachwirkung persönlicher Erinnerungen und Motive, von der schon die Rede war, nicht zu verkennen. Er selber ist unverändert derselbe geblieben, aber seine Gegner sind andere geworden. Die Fortschrittspartei ist nicht mehr die frankfurter Linke, deren Uebergriffe zu züchtigen damals des allezeit schlagfertigen Nitters Verdienst gewesen ist.

Nur im Zusammenwirken mit der Nationalpartei kann diese wie jede andere Fraction ihre Geltung behaupten; für die deutsche Frage liegt ohnedies keine wesentliche Verschiedenheit in der Auffassung vor. Die Nationalpartei ist

weit genug, um alle Schattirungen, welche in der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer bundesstaatlichen Constituirung Deutschlands einig sind, in sich zu begreifen. Nur gegen jenen Stammesparticularismus, dem das Bedürfnis der Einheit unverständlich ist, gegen diejenige Demokratie, welche nichts gelernt und nichts vergessen hat, und gegen solche Flickversuche, welche die Schadhaf-tigkeit der jetzigen Zustände mehr constatiren als zu beseitigen suchen, hat die Nationalpartei eine bestimmt abgegrenzte Stellung eingenommen. Ihr Pro-gramm, wie es sich aus den ersten Versuchen heraus entwickelte, hat eben nach diesen Seiten immer schärfere Grenzlinien gezogen. Man hat ihr das öftere Schwanken in ihrem Programm vorgeworfen. Allein der Ursprung und die allmälige Bildung der Partei rechtfertigen vollkommen die Modificationen, die in dieser Beziehung eintraten und die nie den von Anfang gegebenen Kern der Sache trafen. Entstanden in einer Zeit, da man darauf gefaßt war, in Bälde des preußischen Arms zur Vertheidigung des Vaterlandes zu bedürfen, war es natürlich, daß sie die Vereinigung der diplomatischen und militärischen Action in eine Hand, und zwar in die stärkste, als erste Forderung aufstellte. Als dann die Aussicht auf eine kriegerische Verwickelung für die nächste Zeit ver-schwand, als gleichzeitig die Regierung des preußischen Staats mit der zu-nehmenden Reaction auch ihren deutschen Beruf compromittirte, und die Auf-gabe sich nunmehr darauf beschränkte, die Gleichgesinnten aus allen deutschen Stämmen zu gemeinsamer Arbeit zu sammeln, konnte es genügend erscheinen, im Allgemeinen eine einheitliche Executive und ein deutsches Parlament als das nationale Ziel zu bezeichnen. Wenn hierin irgendwie etwas Mißverständ-liches liegen konnte, so wurde dies jedenfalls sofort beseitigt, als sich die Nationalpartei entschloß, die Reichsverfassung von 1849 auf ihr Banner zu schreiben. Aufgefordert zu diesem Entschlusse war sie durch die Vorschläge zur Reform des Bundes, über welche sich einige Cabinetes geeinigt hatten. Solchen willkürlichen Projecten gegenüber, welche gerade die wundesten Flecke ungeheilt ließen, sollte daran erinnert werden, nicht nur daß das deutsche Volk ein Recht auf eine bundesstaatliche Verfassung habe, sondern daß eine solche Verfassung bereits rechtsgiltig zu Stande gekommen und seiner Zeit von der Mehrzahl der Regierungen angenommen war. Der Rechtspunkt war entscheidend. Aber auch sachlich war dieses Programm der präcise und gleichzeitig populärste Ausdruck für die Bestrebungen der nationalen Partei, das erkennbarste Zeichen für Freund und Feind. Ausgeschlossen waren damit die zweifelhaften Experimente, welche nach dem Scheitern des Delegirtenantrags die Fürsorge der Regierungen etwa noch für ihre Völker ausdenken möchte, ausgeschlossen die von den Herden des Particularismus ausgehenden Vorbehalte gegen eine einheitliche Executive, aus-geschlossen die Hintergedanken einer Demokratie, welche die gegebene Verfassung verschmähend nur ein Parlament verlangt, um damit bei günstiger Gelegenheit

wieder von vorn anzufangen. Die Nationalpartei wartet nicht auf eine Gelegenheit, auf einen allgemeinen Umsturz. Sie will die Opfer einer Revolution der Nation ersparen durch Befestigung der öffentlichen Meinung im Sinn der Reform. Allein würde der Weg der Reform durch die Verblendung der Regierungen, derjenigen insbesondere, die in diesem Augenblicke die Geduld ihres Volks auf die äußerste Probe setzt, sich zur Befriedigung der nationalen Bedürfnisse als ungenügend erweisen, dann würde erst die Bildung einer liberalen Union sich in ihrem vollen Werthe, in ihrer Nothwendigkeit erweisen. Denn nur durch das vereinigte Zusammenwirken der liberalen Parteien würde der Verwirrung vorgebeugt, die eine hereinbrechende Katastrophe nothwendig wieder über das gespaltene Vaterland heraufführen würde, sie allein wäre im Stande, eine chaotische Bewegung, anstatt sie dem Zufall und neuen Versuchen preiszugeben, in das Bett einer zielbewußten Entwicklung zu leiten. 7.

Die Kriegsmarine der Griechen und Römer.

Wer auf das Mittelmeer, als den Hauptschauplatz der alten Schifffahrt seinen Blick richtet, könnte leicht glauben, daß die Entwicklung des Seewesens in dem ältesten Kulturstaat, der einst im Südosten des großen Bassins blühte, mit den übrigen Fortschritten desselben in Einklang gestanden habe. Allein, wenn auch die uralten hellenischen Sagen von der Einwanderung des Danaos und Kekrops auf eine Beschiffung des mittelländischen Meeres durch die Aegyptier hinweisen, zog sich doch den historischen Nachrichten zufolge das Volk so sehr vom Verkehr mit allen Ausländern zurück, daß es sich nicht nur mit der allerdings sehr lebendigen Flußschifffahrt auf dem Nil begnügte, sondern auch bis in das siebente Jahrhundert v. Chr. den ausländischen Schiffen den Zugang verwehrte oder mindestens sehr erschwerte. Auch die von Herodot und Diodor erwähnte Armada des halb mythischen Eroberers Sesostris oder Ramses fuhr vom arabischen Meere aus nach Osten; doch zeigen noch die Ruinen von Theben Bilder von Kriegsschiffen jener Zeit, die schon einen lang gestreckten Kiel, Ruder und Segel, mit Löwen- oder Widderköpfen versehene Vordertheile, wie Lotuskelche gestaltete Mastkörbe haben. Unter Necho, dem Sohne Psammethichs, sah das Mittelmeer wahrscheinlich die erste ägyptische Kriegsflotte. Aber zu dieser Zeit hatte schon längst unter anderen Küstenvölkern das Principat zur